

N i e d e r s c h r i f t S c h B A / V I I / 1 3

Niederschrift über die Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses der Gemeinde Rosendahl am 03.09.2008 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

Anwesend waren:

Der Ausschussvorsitzende

Kuhl, Horst

Die Ausschussmitglieder

Branse, Martin

in Vertretung für Herrn
Kreutzfeldt

Fleige-Völker, Josefa

Hemker, Leo

Isfort, Mechthild

Mensing, Hartwig

Schenk, Klaus

in Vertretung für Frau Haß-
ler

Steindorf, Ralf

Weber, Winfried

Die beratenden Mitglieder gem. § 12 Abs. 2 Schulverwaltungsgesetz

Enting, Hans-Jürgen

Rektor

Hahn, Andrea

Konrektorin

in Vertretung für Rektorin
Vennemann

Kahlert, Alexander

Rektor

Müller, Josef-Karl

Rektor

Remke, Carsten

Pfarrer

anwesend ab TOP 2 ö.S.

Von der Verwaltung

Niehues, Franz-Josef

Bürgermeister

Gottheil, Erich

Allgemeiner Vertreter

Roters, Dorothea

Schriftführerin

Als vortragender Gast zu TOP 2 ö.S.

Bieber, Tilman

Planungsbüro komplän

Es fehlten entschuldigt:

Die Ausschussmitglieder

Haßler, Christa

Kreutzfeldt, Klaus-Peter

Die beratenden Mitglieder gem. § 12 Abs. 2 Schulverwaltungsgesetz

Banse, Otto	Pfarrer
Hambrügge, Hubert	Pfarrer
Klapprodt, Anke	Pastorin
Langenheder, Renate	Pastorin
Vennemann, Gabriele	Rektorin

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:40 Uhr

Tagesordnung

Vor Beginn der Sitzung begrüßte Ausschussvorsitzender Kuhl in der Aula der Droste-Hülshoff-Schule die anwesenden Ausschussmitglieder und beratenden Mitglieder sowie Herrn Rektor Enting. Anschließend stellte Herr Enting bei einem Rundgang durch das Gebäude und die Schulräume den Unterhaltungs- und Ersatzbeschaffungsbedarf der Hauptschule vor. Er erläuterte den Ausschussmitgliedern vor Ort, welche dringenden Maßnahmen vorgesehen sind.

Die anwesenden Ausschussmitglieder konnten sich vor Ort einen Eindruck vom baulichen Zustand des Gebäudes und von der derzeitigen Einrichtung der Räume verschaffen.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kuhl, eröffnete um 19.00 Uhr im Sitzungssaal die Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses und begrüßte die Ausschussmitglieder, die anwesenden beratenden Ausschussmitglieder, die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer, Herrn Bieber vom Planungsbüro komplan, Herrn Barisch von der Allgemeinen Zeitung sowie die Vertreter der Verwaltung.

Er stellte fest, dass mit Einladung vom 25.08.2008 form- und fristgerecht geladen wurde und dass der Ausschuss beschlussfähig sei. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

1 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen

Allgemeiner Vertreter Gottheil berichtete über die Durchführung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse. Der Bericht wurde ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

2 Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Gemeinde Rosendahl für den Zeitraum 2008 - 2012 hier: Beratung der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie für Versorgungsmodelle der Sekundarstufen I und II in der Gemeinde Rosendahl sowie in Kooperation mit der Gemeinde Legden Vorlage: VII/681/2

Ausschussvorsitzender Kuhl verwies auf das zur Sitzung vorgelegte Ergebnisprotokoll der Informationsveranstaltung, die am 27.08.2008 in der Marienschule Legden stattgefunden hatte. Dieses Protokoll ist der Niederschrift als **Anlage I** beigefügt.

Dann übergab er Herrn Bieber vom Planungsbüro komplan das Wort. Dieser stellte die Ergebnisse der in Auftrag gegebenen Machbarkeitsstudie anhand einer Power-Point-Präsentation ausführlich vor. Diese Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage II** beigefügt.

Anschließend stand er für die Fragen der Ausschussmitglieder zur Verfügung.

Ausschussmitglied Mensing erklärte, nach eigenen Erkundigungen sei die Errich-

tung einer vierzügigen Gesamtschule an zwei Standorten dann möglich, wenn an einem Standort die 5. bis 7. Klasse und am zweiten Standort die 8. bis 10. Klasse beschult würde.

Herr Bieber erläuterte, dass er von der zuständigen Ministerialdirigentin im Schulministerium die eindeutige Auskunft erhalten habe, dass eine Gesamtschule an zwei Standorten eine Dreizügigkeit je Standort erforderlich mache.

Auch das für die Errichtung einer Gesamtschule in der Machbarkeitsstudie angeführte Erfordernis eines bestimmten prozentualen Mindestanteils an Schülerinnen und Schülern mit Gymnasialempfehlung wurde von Ausschussmitglied Mensing angezweifelt. Hierzu gäbe es nach Auskunft des Ministeriums keine entsprechende Rechtsgrundlage.

Herr Bieber erklärte, dass er Beispiele kenne, in denen aus eben diesem Mangel an genügenden Anmeldungen mit Gymnasialempfehlung bereits geplante Gesamtschulgründungen nicht genehmigt worden seien. Dieser Aspekt sei letztlich auch nicht ausschlaggebend für die abschließende Einschätzung, dass in Rosendahl und Legden die Realisierung einer Gesamtschule keine Erfolgsaussichten habe, da noch weitere Faktoren dagegen sprächen. Die Gesamtbewertung bliebe davon unberührt. Er wies außerdem darauf hin, dass der Sinn einer Machbarkeitsstudie darin bestehe, aus einer pragmatischen Sichtweise heraus nur das aufzuzeigen, was auch voraussichtlich umsetzbar sein könne.

Ausschussmitglied Weber fragte nach, warum die Einrichtung einer Verbundschule so eilig vorangetrieben werde. Man könne sich doch auch die Zeit nehmen abzuwarten, welche gesetzlichen Veränderungen noch möglich seien. Außerdem fragte er nach, ob die prognostizierten Zahlen nicht zu ungenau angesetzt seien und ob der zu erwartende Rückgang von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund berücksichtigt worden sei.

Herr Bieber erläuterte das Zustandekommen der prognostizierten Zahlen, die nach einem seit Jahrzehnten bewährten Verfahren ermittelt würden. Sie basierten auf dem Schulentwicklungsplan der Gemeinde Rosendahl, dessen Zahlenmaterial er für realistisch halte. Unzweifelhaft sei das dramatische Absinken der zu erwartenden Anmeldezahlen für die Hauptschule. Er verwies auf S. 16 des Schulentwicklungsplanes, auf der die Übergangsquote zur Sekundarstufe I dargestellt sei. Hier sei ein gewichteter Mittelwert angenommen worden. Bemerkbar seien auch die positiven Auswirkungen der Einrichtung der integrativen Lerngruppe in Osterwick zum Schuljahr 2008/2009.

Ausschussmitglied Mensing verwies auf die Anfrage von Herrn Weber, die er für begründet halte. Seiner Ansicht nach hätte eine Dynamisierung bei der Entwicklung der Anmeldezahlen eingebaut werden müssen. Er gehe davon aus, dass der Anmeldetrend zu den Gymnasien weiter steigen werde. Auf S. 6 der Machbarkeitsstudie werde eine zu positive Anmeldeprognose für die geplante Verbundschule gestellt.

Herr Bieber erläuterte, dass es ein typisches Merkmal im Münsterland sei, dass es eine rege Austauschbeziehung zwischen Hauptschulen und Realschulen gäbe, die Entwicklung der Gymnasien aber weitgehend konstant bleibe. Diese Umverteilungsströme seien günstig für die geplante Verbundschule, der die potenziellen Haupt- und Realschüler zufließen und die damit rund 70 % des örtlichen Schülerpotenzials aufnehmen könne.

Ausschussmitglied Weber betonte, dass seiner Ansicht nach die Hauptschule auch weiterhin in der Diskussion bleiben und Wahlkampfthema sein werde. Er halte die

Prognosen weiterhin für zu positiv. Er erwarte vielmehr das Ende der Hauptschulen, nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass sie schlecht geredet und dadurch für die Eltern unattraktiv würden. Diese Haltung äußere er auch im Hinblick auf die unter TOP 3 der Sitzung vorgesehen Investitionen an der Hauptschule.

Herr Bieber erklärte, dass es in diesem Zusammenhang wenig hilfreich sei, die Zukunft der Hauptschule zu diskutieren. Sicher sei vielmehr, dass aufgrund der prognostizierten Schülerzahlen und unabhängig davon, welches Modell man zukünftig für die Rosendahler Schulentwicklung wähle, weder für Legden noch für Rosendahl eine eigenständige Lösung denkbar sei. Beide Gemeinden könnten nicht auf Dauer ihre Hauptschulen retten. Mit diesem gemeinsamen Modell könne man sich aber sehr gut über die Zeit retten und die weitere Entwicklung der Gesetzgebung im Schulbereich abwarten. Er schätze das Verbundschulmodell als das einzige Modell ein, das derzeit realisierbar sei.

Ausschussmitglied Steindorf betonte, dass er den zugrundeliegenden Zahlen vertraue. Eine Gesamtschule ließe sich demnach nicht realisieren. Der Widerstand aus den Einpendlerkommunen sei im Falle von Gesamtschulplänen immens. Er halte die geplante Verbundschule für die einzige Chance. Auch der neue Name dürfte positiv aufgenommen werden.

Ausschussmitglied Mensing zweifelte weiterhin die Zuverlässigkeit der Prognosen an. Er befürchte vielmehr, dass die Anmeldezahlen von Holtwicker Realschülern an der geplanten Verbundschule deutlich niedriger ausfallen werden und dann gegebenenfalls eine sehr große einzügige Eingangsklasse gebildet werde.

Herr Bieber räumte ein, dass für die Zukunft grundsätzlich nur Modellrechnungen aufgestellt werden könnten. Im Falle der Akzeptanz der geplanten Verbundschule hinge es aber auch ganz entscheidend davon ab, für dieses Modell zu begeistern und die Eltern dafür zu gewinnen. Was die Übergangsquote von Realschülern aus Holtwick angehe, könne auch bei einer 70-prozentigen Akzeptanz die Zweizügigkeit gewährleistet werden. In der Vergangenheit hätten alle Verbundschul-Modelle eine außergewöhnlich positive Resonanz erfahren. Dies erwarte er in gewisser Weise auch für das Legden-Rosendahl-Modell. Eile sei insofern geboten, als im nächsten Schuljahr ein besonders starker Geburtenjahrgang zu erwarten sei. Für das Einstiegsjahr seien dies besonders gute Rahmenbedingungen. Er halte es aber für besonders wichtig, dass der regionale Konsens mit den Nachbarkommunen erzielt werde. Hier lägen weitaus gravierendere Probleme vor, denen nur mit guten Argumenten begegnet werden könne.

Bürgermeister Niehues nahm die Gelegenheit wahr, noch einmal deutlich auf die Notwendigkeit eines geschlossenen Vorgehens zugunsten einer positiven Schulentwicklung hinzuweisen. Auch im Zusammenhang mit der Einrichtung der drei Offenen Ganztagsgrundschulen seien im Vorfeld massiv Zweifel geäußert und Risiken seien bewusst eingegangen worden. Tatsächlich aber hätten das gute Konzept und die ansprechende Ausstattung der Räumlichkeiten die Eltern von dem Vorhaben überzeugen können. Ähnliches erwarte er auch für die geplante Verbundschule. Im Gespräch mit anderen Schulträgern habe er die Erfahrung gemacht, dass der zur Schule zurückzulegende Weg für den Elternwillen eine geringere Relevanz habe als das Konzept und die Ausstattung einer Schule. Eltern wünschten letztlich die beste Schule für ihr Kind. Er appellierte an die Ausschussmitglieder, im Falle der geplanten Verbundschule Geschlossenheit zu beweisen, damit man im Ringen um den regionalen Konsens die beste Ausgangsposition habe.

Ausschussmitglied Weber schlug vor, über die Einzelpunkte des Beschlussvorschlages abstimmen zu lassen. Mit dem ersten Punkt könne er sich einverstanden erklären, nicht aber mit der Formulierung des zweiten Punktes. Dieser hätte haus-

haltsrechtliche Auswirkungen.

Ausschussmitglied Branse erklärte, dass er die vorgelegten Prognosen für realistisch einschätze. Leider ließe sich demnach eine Gesamtschule nicht realisieren. Er halte es jedoch für fraglich, ob man Rosendahler Schülern den Besuch des Real-schulzweiges in Osterwick verwehren dürfe. Seiner Ansicht nach sollte zunächst das Anmeldeverfahren abgewartet werden. Aufgrund der Ergebnisse könne man dann entscheiden, ob eine Verbundschule eingerichtet werden solle. Leider ließe die gesetzliche Lage andere Modelle nicht zu, dabei müsse das Wohl der Kinder eigentlich höchste Priorität haben. Er fragte nach, wo der Bestandsschutz der Schulen des betreffenden Einzugsgebietes gesetzlich geregelt sei.

Herr Bieber verwies auf die sehr allgemeinen Regelungen im Schulgesetz zu Neugründungen von Schulen, eine Nachfrage im Ministerium habe aber deutlich gemacht, dass auch eine Verbundschule als Neugründung einer Schule zu verstehen sei.

Ausschussmitglied Mensing erklärte, dass er nicht daran zweifle, dass genügend Schüler für die geplante Verbundschule gefunden werden könnten. Ziel seiner Fraktion sei es aber, Schüler aus allen drei weiterführenden Schulformen zusammenzuführen. Dies ginge aber leider wegen der gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht. Seine Fraktion wolle das Angebot der Verbundschule den Eltern anbieten. Wenn sich die Eltern dafür entscheiden sollten, würde die WIR diesen Elternwillen unterstützen.

Ausschussmitglied Weber wies darauf hin, dass seine Fraktion grundsätzlich die Errichtung der Verbundschule unterstütze, hinsichtlich der geplanten Investitionen jedoch die Entscheidung der Eltern abwarten wolle. In diesem Sinne sollten die Pläne auch den Eltern vorgestellt werden.

Ausschussvorsitzender Kuhl wies darauf hin, dass der zweite Punkt des Beschlussvorschlages nicht gänzlich entfallen könne, da er die Pflichtaufgabe der Gemeinde beinhalte, die Nachbarkommunen an der Entscheidungsfindung zu beteiligen und deren Stellungnahmen einzuholen.

Ausschussmitglied Steindorf erklärte, dass die Notwendigkeit der Investitionen an der Hauptschule im Rahmen der Ortsbesichtigung offenkundig geworden seien. Hier handele es sich keineswegs um Schönheitsreparaturen.

Ausschussmitglied Mensing erkundigte sich nach den Einzelheiten des Verfahrens. Er fragte nach, ob nach der offiziell notwendigen Schließung der Marienhauptschule Legden diese Schule möglicherweise für die Gemeinde Legden dauerhaft verloren ginge, wenn eine gemeinsame Verbundschule nicht realisiert werde.

Bürgermeister Niehues erläuterte, dass diese Gefahr nicht bestünde. Der vorgesehene Beschluss werde die Bedingung beinhalten, dass genügend Anmeldungen vorlägen. Außerdem werde für die Errichtung der Verbundschule ein eigener Zweckverband gegründet. Die einzelnen Schritte würden sehr zeitnah erfolgen, um das Verfahren zu beschleunigen und Beschlussreife zu erlangen, wenn dann anschließend das Konzept dem Ministerium zur Genehmigung vorgelegt werde. Sollte die Genehmigung versagt werden, bliebe alles beim alten.

Ausschussmitglied Branse erklärte, dass er die Notwendigkeit einer Attraktivitätssteigerung für die Hauptschule sähe, er die Investitionen aber von der tatsächlichen Realisierung der Verbundschule abhängig machen wolle.

Ausschussmitglied Weber fragte nach, ob die unter dem nachfolgenden TOP 3 der

Sitzung zu beratende Sitzungsvorlage SV VII/718 unabhängig von diesem Beratungspunkt zu sehen sei.

Bürgermeister Niehues erläuterte, dass ein Teilbereich des Beschlussvorschlages der SV VII/718 auch diesen TOP betreffe, und zwar hinsichtlich der notwendigen Werbemaßnahmen für die geplante Verbundschule. Diese seien unbedingt notwendig, um die Verbundschule und deren pädagogisches Konzept den Eltern nahe zu bringen.

Ausschussmitglied Weber erklärte, dass diese Kosten dann auch im Beschlussvorschlag des TOP 2 aufgenommen werden sollten.

Bürgermeister Niehues schlug eine Erweiterung des zweiten Punktes des Beschlussvorschlages um den Passus: „Für notwendige Werbemaßnahmen werden insgesamt 16.000 € (einschließlich des Anteils der Gemeinde Legden von rd. 6.000 €) zur Verfügung gestellt“ vor. Dieser Vorschlag fand die Zustimmung des Ausschusses.

Anschließend fasste der Ausschuss folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat:**

1. Auf der Grundlage des der Ergänzungsvorlage Nr. VII/681/2 als Anlage I beigefügten Entwurfes des Schulentwicklungsplanes der Gemeinde Rosendahl für den Planungszeitraum 2008 – 2012 und der als Anlage I zum Schulentwicklungsplan beigefügten Machbarkeitsstudie sowie der als Anlagen II und III zum Schulentwicklungsplan beigefügten Schulraumbestandsanalysen für die derzeitige Droste-Hülshoff-Hauptschule in Rosendahl und der derzeitigen Marien-Hauptschule in Legden soll die Errichtung einer Verbundschule Legden Rosendahl zum Schuljahresbeginn 2009/2010 mit Nachdruck vorangetrieben werden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der benachbarten Schulträger und der Schulkonferenz der Droste-Hülshoff-Hauptschule sowie alle weiteren notwendigen Schritte und Maßnahmen entsprechend dem der Ergänzungsvorlage Nr. VII/681/2 als Anlage II beigefügten Zeit- und Maßnahmenplan durchzuführen.

Für notwendige Werbemaßnahmen werden insgesamt 16.000 € (einschließlich des Anteils der Gemeinde Legden von rd. 6.000 €) zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme

**3 Durchführung von Unterhaltungs- und Ersatzbeschaffungsmaßnahmen an der Droste-Hülshoff-Hauptschule Rosendahl sowie Werbemaßnahmen im Zusammenhang mit der schulischen Zusammenarbeit Legden/Rosendahl und Zustimmung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 38 Abs. 2 GO NRW
Vorlage: VII/718**

Ausschussvorsitzender Kuhl verwies auf die entsprechende Sitzungsvorlage.

Ausschussmitglied Weber wiederholte, dass er allen weiteren Investitionen erst zustimmen könne, wenn die geplante Verbundschule realisierbar sei und von den EI-

tern akzeptiert werde.

Bürgermeister Niehues erläuterte, dass es sich bei den vorgeschlagenen Investitionen um dringend notwendige Ersatzbeschaffungen bzw. Renovierungsarbeiten handele, die keineswegs als Schönheitsreparaturen oder Luxus eingeschätzt werden dürften. Das Mobiliar sei teilweise über 30 Jahre alt. Die Maßnahmen im Bereich der Gebäudeunterhaltung ermöglichten zudem dauerhaft eine Senkung der Energiekosten. Insgesamt würde sich das Erscheinungsbild der Schule verbessern, was für die Werbung für die Verbundschule sicherlich auch einen nützlichen Effekt habe. Schließlich solle die Schule im Rahmen eines Tages der offenen Tür als eine ansprechende, moderne Schule präsentiert werden. Aber auch unabhängig von den Plänen zur Gründung einer Verbundschule müssten diese Ausgaben für die bestehende Hauptschule getätigt werden. Sollte die Verbundschule nicht realisiert werden, bliebe weiterhin eine einzügige Hauptschule bestehen. Auch für diesen Fall seien die Investitionen notwendig.

Allgemeiner Vertreter Gottheil ergänzte, dass insbesondere die baulichen Maßnahmen einen hohen zeitlichen Aufwand erforderten. Die Maßnahmen könnten nicht auf das nächste Jahr verschoben werden, sondern müssten umgehend vorgenommen werden, da der Zeitraum der Sommerferien für die Umsetzung weiterer Maßnahmen vonnöten sei.

Bürgermeister Niehues führte weiter aus, dass im gemeindlichen Haushalt die Mittel der Schulpauschale (175.000 € p.a.) zweckgebunden vorhanden seien. Aus diesem Topf seien in den letzten Jahren nur wenige Maßnahmen finanziert worden, daher seien die Mittel für die vorgesehenen Investitionen auf einem Rücklagenkonto vorhanden. Es müssten hierfür keine Kredite aufgenommen werden.

Ausschussmitglied Mensing kritisierte die Planungsansätze des Haushaltes und fragte nach, warum die für die vorgeschlagenen Investitionen notwendigen Mittel nicht bereits im laufenden Haushaltsjahr veranschlagt worden seien. Er habe den Eindruck, dass der Investitionsbedarf nicht so dringend sei und nur vor dem Hintergrund der neuen Schulpläne forciert würde. Er plädiere daher dafür, die Mittel erst im nächsten Haushaltsjahr bereitzustellen. Einzelmaßnahmen wie die Beschaffung von neuen Hockern wären davon ausgenommen.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass nur die absolut notwendigsten Investitionsmaßnahmen im vergangenen Jahr aufgenommen worden seien. Zum Zeitpunkt der Haushaltsberatungen habe man sehr sparsam veranschlagt, zumal damals noch nicht absehbar gewesen sei, dass sich die Finanzlage der Gemeinde insgesamt etwas günstiger als erwartet darstellen würde.

Ausschussmitglied Weber betonte, dass er weiterhin gegen den Beschlussvorschlag sei. Auch wenn die Wärmedämmungsmaßnahmen unzweifelhaft notwendig seien, habe die Gemeinde hierfür kein Geld. Die Maßnahme könne daher erst im nächsten Haushaltsjahr realisiert werden.

Ausschussvorsitzender Kuhl erinnerte daran, dass eine Verschiebung der Maßnahmen auf das nächste Jahr zeitlich enorme Schwierigkeiten mit sich brächte.

Ausschussmitglied Branse erklärte, dass seine Fraktion zwar dem Konzept einer Verbundschule zustimmen, die Investitionen aber von den Anmeldungen für die Verbundschule abhängig machen werde.

Anschließend fasste der Ausschuss folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat:**

1. Der Bürgermeister wird ermächtigt, den Auftrag für die Durchführung der Maler- und Trockenbauarbeiten im Südtrakt der Hauptschule zu erteilen. Alle übrigen Auftragsvergaben im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes liegen gemäß § 7 der Zuständigkeitsordnung in der Zuständigkeit des Bürgermeisters.
2. Im Rahmen der Durchführung der unter diesem Tagesordnungspunkt beschriebenen Maßnahmen entstehen über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW bei den Produkten 10 (Gebäudemanagement) und 13 (Hauptschule) in Höhe von insgesamt 101.000 €; diesen wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge bzw. Mehreinzahlungen aus der Feinabstimmung Fonds Deutscher Einheit (Nachzahlungen 2006 und 2007) bei dem Produkt 33 / 16.001 – Allgemeine Finanzwirtschaft.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen

4 Nein-Stimmen

4 Mitteilungen

Mitteilungen lagen nicht vor.

5 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO

5.1 Ergebnisse der Qualitätsanalyse an der Droste-Hülshoff-Schule in Osterwick - Herr Mensing

Ausschussmitglied Mensing erkundigte sich, ob bereits Ergebnisse der Qualitätsanalyse an der Droste-Hülshoff-Schule in Osterwick vorlägen und wann diese dem Ausschuss vorgestellt werden könnten.

Herr Enting erklärte, dass die Qualitätsanalyse in der Zeit vom 18.-20.08.2008 durchgeführt worden sei. Zwischenzeitlich läge eine knappe und vorläufige Rückmeldung vor. In ca. drei Wochen sei mit dem eigentlichen Berichtsentwurf zu rechnen, der dann überarbeitet werde. Er gehe davon aus, dass Ende des Jahres 2008 dann der endgültige Bericht vorläge. Er könne allerdings jetzt schon sagen, dass man mit dem vorläufigen Ergebnis der Untersuchung nicht unzufrieden sei.

6 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO

Es wurden keine Einwohnerfragen gestellt.

Horst Kuhl
Ausschussvorsitzende/r

Dorothea Roters
Schriftführer/in